

22.09.2005 - 10:05 Uhr

BAV erteilt Baubewilligung für neue Ostausfahrt aus dem Bahnhof Brig

Bern (ots) -

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat die Plangenehmigung für das Projekt Ostausfahrt Bahnhof Brig erteilt. Damit kann die Matterhorn Gotthard Bahn (MGB) ihren Sackbahnhof zu einem Durchgangsbahnhof umbauen.

Der Durchgangsbahnhof der MGB soll auf den Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2007 verwirklicht werden. Angestrebt wird die gleichzeitige Inbetriebnahme zusammen mit dem Lötschberg- Basistunnel und dem neuen Vollknoten in Visp.

Dank betrieblicher Verbesserungen (z.B. Wegfall von Lokwechseln in Brig) und der optimierten Fahrplangestaltung werden Fahrzeitgewinne zwischen Visp und dem Goms von bis zu 30 Minuten möglich. Das Projekt erlaubt im Weiteren die Aufhebung von 20 Bahnübergängen in Naters und erhöht damit die Sicherheit.

Abbruch von Getreidedepot

Das nun bewilligte Projekt der MGB für den Neubau der Ostausfahrt bedingt den Abbruch des seit Juli 2001 nicht mehr als Pflichtlager benötigten Getreidedepots D samt Hochbau. Das Depot wurde zwar als denkmalpflegerisch wertvoll eingestuft. Aufgrund einer Interessenabwägung wurde aber der Abbruch bewilligt.

Die Hauptgründe dafür sind, dass alle anderen Varianten die Landschaft stärker beeinträchtigt, zusätzliche Rodungen von 5500 Quadratmetern Wald und die Zerstörung von schutzwürdigen Biotopen verursacht hätten. Auch hätte ein in Betracht gezogener Tunnel zur Umfahrung des Depots durch geologisch und topographisch schwieriges Gelände geführt und ein erhebliches Mehrkostenrisiko beinhaltet.

Spätere Etappe bringt Hochlage

Für das Projekt wird mit Kosten von 62,5 Millionen Franken gerechnet. Diese werden hauptsächlich vom Bund und den Kantonen Wallis, Uri und Graubünden getragen. Die Finanzierung bildete jedoch nicht Gegenstand des Plangenehmigungsverfahrens durch das BAV.

Gegen die Plangenehmigung (Baubewilligung im Eisenbahnrecht) können Berechtigte innert 30 Tagen Beschwerde bei der Eidgenössischen Rekurskommission für Infrastruktur und Umwelt (REKO INUM) erheben.

Bern, 22. September 2005
Bundesamt für Verkehr

Auskünfte:
Bundesamt für Verkehr, Politik und Kommunikation, 031 322 36 43